

8 Richard Mitten, *The Politics of Antisemitic Prejudice. The Waldheim Phenomenon in Austria*, Boulder (Co.) 1992.

Johanna Gehmacher, „Völkische Frauenbewegung“. *Deutschnationale und nationalsozialistische Geschlechterpolitik in Österreich*, Wien: Döcker 1998.

Johanna Gehmachers Buch über die Frauenpolitik der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten in Österreich zwischen 1920 und 1938 bietet eine differenzierte Analyse von Organisationsstrukturen, Zielen und Aktivitäten des weiblichen, völkischen Milieus vor 1938 und konfrontiert diese mit Selbstaussagen und rückblickenden Einschätzungen der Aktivistinnen. Die Autorin zeigt die Unterschiede in den frauenpolitischen Programmen der beiden Parteien, aber auch und vor allem, wie über gemeinsame Aktivitäten und die Konstruktion einer „völkischen Frauenbewegung“ das deutschnationale Milieu im Nationalsozialismus aufging.

Das Buch gliedert sich in drei große Kapitel zur deutschnationalen und zur nationalsozialistischen Geschlechterpolitik sowie zu den „Koalitionen ‚völkischer‘ Frauen“ zwischen 1933 und 1938. In allen Kapiteln wird die Darstellung der Organisationsformen und Ideologien der Parteien mit sozialhistorischen und geschlechterpolitischen Analysen verknüpft. Den Abschluß der Kapitel bilden biographische Untersuchungen prominenter Parteifrauen, in denen die zuvor erarbeiteten Ergebnisse noch einmal verdichtet dargestellt werden. Johanna Gehmacher versteht ihre Arbeit auch als einen Beitrag zur neueren Nationalismusforschung, indem sie nach der Konzeption der Nation aus geschlechterpolitischer Sicht fragt. Die „gedachte Ordnung“ (M.R. Lepsius) der Nati-

on ist für die hier untersuchten Gruppen identisch mit einer rassistisch definierten ‚deutschen Volksgemeinschaft‘. Es war dieser Begriff der „Volksgemeinschaft“, der eine tragfähige Brücke zwischen den zunächst unterschiedlichen geschlechterpolitischen Konzeptionen der GDVP und der NSDAP schuf und somit eine zentrale Funktion für ein Zusammengehen der beiden Gruppen übernahm.

In der Großdeutschen Volkspartei, 1920 als konservative Sammlungspartei gegründet, gab es nur geringe Vertretungsmöglichkeiten für Frauen. Zugleich bot jedoch der Charakter einer Sammlungspartei einzelnen Frauen Möglichkeiten zur Agitation und zum Aufbau von Gruppenzusammenhängen. Die Gesamtpartei behinderte zwar den Ausbau solcher Frauenvereine nicht, da sie auch auf die weiblichen Wähler angewiesen war, doch zeigte man im Großen und Ganzen eher Desinteresse an frauenpolitischen Themen. Auf diese Weise zugleich begrenzt und frei, konnten großdeutsche Politikerinnen wie Emmy Stradal daran gehen, Frauenfragen in die Partei zu integrieren. Themen wie die Ausbildung der Mädchen, Erwerbsfragen lediger Frauen, die Ehegesetzgebung oder Gleichstellungsfragen wurden, oft in enger Zusammenarbeit mit dem „Bund Österreichischer Frauenvereine“, intensiv diskutiert und fanden zum Teil auch eine Formulierung in Gesetzesvorhaben. Das großdeutsche Frauenvereinsmilieu, insbesondere der „Reichsverband Deutscher Frauenvereine“, bildete dabei einen günstigen Rahmen für die Initiativen der Politikerinnen – die dann allerdings an der nicht vorhandenen Vertretung von großdeutschen Frauen im Nationalrat und der Ignoranz männlicher Politiker scheiterten. Nach offizieller Parteimeinung sollten Frauen vor allem für Frauenthemen agitieren, doch verstanden die großdeutschen Politikerinnen ih-



re Tätigkeit eher als gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Frauenpolitik sei Ausdruck einer Politik, die dem Wohl der Gemeinschaft, nämlich der Volksgemeinschaft, diene. Über die Verknüpfung der Kategorien ‚Mutter‘ und ‚Volk‘ wurden (völkische) Frauen als die „berufenen Vorkämpferinnen des Gedankens der Volksgemeinschaft“ gedacht und somit in das Zentrum großdeutscher Politik gerückt. Alle Frauen seien Hausfrauen und/oder Mütter und hätten daher – anders als die Männer – überwiegend gemeinsame Interessen. Die Bürgerin wurde auf diese Weise als Hausfrau definiert und eine vorgebliche sozialübergreifende Interessensidentität hergestellt. In der politischen Programmatik der GDVP spiegelte sich dieser Anspruch wider: Man verstand sich als eine Partei der Volksgemeinschaft, war aber tatsächlich vorwiegend eine Partei der antiklerikal eingestellten Mittelschichten und des Beamtentums. Gerade im Themenkomplex ‚Hausfrauenpolitik‘ zeigte sich deutlich die politische Zielrichtung der GDVP-Frauen sowie einiger Vorfelddorganisationen wie z. B. dem „Verband deutscher Frauen ‚Volksgemeinschaft““. Über die Einrichtung von Hauswirtschaftskammern sollte ein spezifisch weiblicher Zugang zur Politik konstruiert werden, der in seiner ständischen Grundlage aber der demokratischen Verfassung Österreichs widersprach. Die vorgebliche Interessensidentität der Hausfrauen wurde als Grundlage für die Verwirklichung der Volksgemeinschaft gesehen – verknüpft mit einer antisemitischen Definition, wer denn überhaupt zur „deutschen Volksgemeinschaft“ gehöre.

An diese Frauenpolitik der GDVP konnte der Nationalsozialismus erfolgreich anknüpfen. In den zwanziger Jahren war dieser nur eine marginale Gruppierung in Österreich und zudem noch intern in zwei Fraktionen gespalten. Bis zum Beginn der dreißiger Jahre wa-

ren auch die Frauenorganisationen des NS nur rudimentär entwickelt, so etwa der 1926 gegründete „Bund Nationalsozialistischer Frauen Wiens“. Mit dem Verbot der nationalsozialistischen Bewegung im Frühjahr 1933 wurden auch die ersten Frauengruppen aufgelöst, allerdings mit einer folgenschweren Ausnahme. Der Wiener Frauenbund nannte sich nun „Bund nationaler deutscher Frauen Wiens“, entging damit dem Parteiverbot und konnte sich erfolgreich als Organisationsnetz für die illegale Bewegung betätigen. Programmatisch versuchten die Nationalsozialistinnen, die offensichtlichen Widersprüche der Partei in bezug auf Frauen zu lösen. Über die Konstruktion eines neuen Maßstabes für erfolgreiche Gleichberechtigung wollte man gerade erwerbstätige und in der Öffentlichkeit tätige Frauen für sich einnehmen: Nicht mehr die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen stand zur Debatte, sondern die Gleichstellung der ledigen, berufstätigen mit der verheirateten, nicht erwerbstätigen Frau. Gegenüber der Frauenpolitik der GDVP betonte aber der Nationalsozialismus hier und in allen anderen Programmpunkten den Primat ihrer rassistischen Politik. Jede Maßnahme habe zuerst und vor allem die Nutzenanwendung für das Volk als Rasse zu berücksichtigen. Entsprechend wurde Mutterschaft nicht nur als ein natürlicher, sondern auch als ein politischer Beruf aufgefaßt. Die „deutsche Ehe“ wurde so zur Grundlage der „deutschen Volksgemeinschaft“. Johanna Gehmacher kommt hier zum Schluß, daß sich die nationalsozialistische Programmatik hinsichtlich der „Rassenfrage“ deutlich von den großdeutschen Inhalten unterscheidet, da der Rassismus nun „Ausgangspunkt jeder Erklärung“ sei, nicht mehr nur „Platzhalter für das Unerklärte“ (S. 134). Inwiefern dies nur eine Frage des zeitlichen Abstandes zwischen der GDVP in den zwan-

ziger Jahren und der NSDAP in den dreißiger Jahren oder doch eine grundsätzliche Differenz zwischen der GDVP und der NSDAP war, bleibt leider offen.

Der Aufbau des Buches betont jedoch eher die Kontinuitäten und Gemeinsamkeiten der beiden Gruppen, weniger die Unterschiede, wenn im abschließenden Kapitel die „Koalitionen völkischer Frauen“ in das Zentrum der Betrachtung kommen. Über die gemeinsame Tätigkeit großdeutscher und nationalsozialistischer Frauen zwischen 1933 und 1938 für die illegale NSDAP verfestigte sich das völkische Frauenvereinsmilieu. Die 1931 gegründete „Völkische Nothilfe“ beispielsweise wurde von beiden Gruppen als „Kampfbündnis“ interpretiert und war somit ein wichtiger Stein auf dem Weg zum Anschluß. Viele Frauenaktivitäten trugen dazu bei, das nationalsozialistische Milieu zu stabilisieren und auszuweiten: Wohltätigkeitsarbeiten, Hausfrauenagitation und nicht zuletzt die eigene Presse in Form der Zeitschriften „Die deutsche Frau“ und „Frau und Welt“. All dies konnte erfolgreich sein, weil die Behörden ein „grundsätzliches Desinteresse“ an der Tätigkeit von Frauen zeigten. Die einseitige Wahrnehmung der Beamten, nur Männer würden politische Arbeit leisten, trug nicht unerheblich zur Stärkung des Nationalsozialismus bei. Im Schatten der legalen Frauenwohltätigkeit bauten die Nationalsozialistinnen überaus erfolgreich ihre eigenen Strukturen auf. Sieben Monate nach dem „Anschluß“ an das Deutsche Reich war diese Aufbauarbeit abgeschlossen. Paradigmatisch für den Übergang der „völkischen Koalition“ zum NS stellt Gehmacher am Ende die großdeutsche Nationalratsabgeordnete Maria Schneider vor, die nach dem März 1938 eine zentrale Position in der NS-Frauenschaft erhielt.

Johanna Gehmacher hat eine sehr detaillierte und vielseitige Untersuchung

des völkischen Frauenvereinsmilieus in Österreich vor 1938 geschrieben. Die Komplexität des Themas erfordert einen mehrdimensionalen Zugriff: Neben klassischen politik- und sozialhistorischen Fragen werden in diesem Buch auch diskurs- und textanalytische Perspektiven verfolgt. Manches wird dabei nur sehr thesenartig präsentiert und gestandene Sozialhistorikerinnen werden vielleicht den einen oder anderen statistischen Nachweis vermissen. Diese vermeintliche Schwäche des Buches ist aber zugleich seine Stärke: Die pointierte Argumentation Johanna Gehmachers hinterfragt scheinbare historische Gewißheiten und regt damit das eigene (kritische) Mitdenken nachhaltig an.

Kirsten Heinsohn, Hamburg